

Niederschrift
der 03. Sitzung der Bürgerschaft

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 09.04.2015
Beginn: 16:00 Uhr
Ende 20:20 Uhr
Raum: Löwenscher Saal Hansestadt Stralsund, Rathaus

Anwesend:

Mitglieder

Herr Michael Adomeit
Herr Dirk Arendt
Frau Ute Bartel
Herr Stefan Bauschke
Herr Manfred Butter
Frau Dr. Heike Carstensen
Frau Kerstin Chill
Frau Sabine Ehlert
Frau Friederike Fechner
Herr Thomas Haack
Herr Maik Hofmann
Herr Harald Ihlo
Herr Uwe Jungnickel
Frau Anett Kindler
Frau Andrea Kühl
Herr Matthias Laack
Herr Hendrik Lastovka
Frau Susanne Lewing
Herr Thomas Lewing
Herr Detlef Lindner
Herr Christian Meier
Frau Claudia Müller
Herr Peter Paul
Herr Michael Philippen
Herr Thoralf Pieper
Herr Marc Quintana Schmidt
Frau Maria Quintana Schmidt
Herr Christian Ramlow
Herr Niklas Rickmann
Herr Gerd Riedel
Herr Thomas Schulz
Herr Maximilian Schwarz
Herr Friedrich Smyra
Frau Dr. med. Annelore Stahlberg
Herr Jürgen Suhr
Herr Gerd Tiede
Herr Peter van Slooten
Frau Ann Christin von Allwörden
Herr Dr. Arnold von Bosse
Herr Dr. med. Ronald Zabel

Tagesordnung:

- 1** Eröffnung der Sitzung
- 2** Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 3** Beschlussfassung über die Tagesordnung und Eintritt in die Tagesordnung
- 4** Billigung der Niederschrift der 02. Sitzung vom 12.03.2015
- 5** Mitteilungen des Präsidenten
- 6** Mitteilungen des Oberbürgermeisters
- 7** Anfragen
- 7.1** Maritime Infrastruktur
Einreicher: Matthias Laack (AfD)
Vorlage: gAF 0004/2015
- 7.2** Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern mbH (WFG)
Einreicher: Herr Michael Adomeit, Wählergruppe "Adomeit"
Vorlage: gAF 0003/2015
- 7.3** zu Einwohnerversammlungen
Einreicherin: Claudia Müller
vertagt vom 12.03.2015
Vorlage: kAF 0020/2015
- 7.4** Weiterer Asylbewerberanstieg in Stralsund
Einreicher: Herr Dirk Arendt
vertagt vom 12.03.2015
Vorlage: kAF 0021/2015
- 7.5** zum Meeresmuseum im Katharinenkloster
Einreicher: Gerd Riedel
Vorlage: kAF 0023/2015
- 7.6** zum Maritimen Zentrum Frankenvorstadt
Einreicherin: Sonja Steffen, SPD-Fraktion
Vorlage: kAF 0024/2015
- 7.7** zum Quartier 33
Einreicher: Kerstin Chill
Vorlage: kAF 0029/2015
- 7.8** Anzahl der Mitarbeiter in der Abtlg. Stadtgrün
Einreicher: Michael Philippen
Vorlage: kAF 0026/2015
- 7.9** Abfallbehälter mit integrierter Presse
Einreicher: Dr. Stahlberg, Annelore
Vorlage: kAF 0025/2015

- 7.10** Alleenschutz
Einreicherin: Anett Kindler, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: kAF 0028/2015
- 7.11** Alternatives Jugend- und Kulturzentrum Stralsund
Einreicher: Friedrich Smyra, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: kAF 0027/2015
- 8** Einwohnerfragestunde
- 9** Anträge
- 9.1** Änderung der Hauptsatzung
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD-Fraktion
Vorlage: AN 0061/2015
- 9.2** Änderung der Hauptsatzung
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: AN 0062/2015
- 9.3** Änderung der Geschäftsordnung
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD-Fraktion
Vorlage: AN 0060/2015
- 9.4** Änderung der Geschäftsordnung in § 7 Abs. 3
Einreicher: Präsident der Bürgerschaft
Vorlage: AN 0056/2015
- 9.5** Ausstieg aus der Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern mbH
Einreicher: Michael Adomeit, Gerd Riedel, Matthias Laack
Vorlage: AN 0051/2015
- 9.6** Sicherheit in Stralsund – Polizei angemessen ausstatten
Einreicher: Ann Christin von Allwörden
Vorlage: AN 0050/2015
- 9.7** zu Prozesskosten
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD
Vorlage: AN 0057/2015
- 9.8** Durchführung eines Bürgerentscheids
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: AN 0058/2015
- 9.9** Erarbeitung eines Konzepts "Essbare Stadt"
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: AN 0059/2015
- 9.10** Demokratie, Toleranz und Demonstrationskultur
Einreicher: SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: AN 0063/2015
- 9.10.1** Änderungsantrag zum Antrag Demokratie, Toleranz und Demonstrationskultur
Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0067/2015

- 9.11** Wahl eines Mitgliedes in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung
Einreicher: Bauschke, Stefan
Vorlage: AN 0054/2015
- 9.12** Wahl eines Mitgliedes in den Rechnungsprüfungsausschuss
Einreicher: CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0052/2015
- 9.13** Wahl eines Stellvertreters in den Betriebsausschuss
Einreicher: CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0053/2015
- 9.14** Berufung eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH
Einreicher: Bauschke, Stefan
Vorlage: AN 0055/2015
- 10** Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen des Hauptausschusses und des Oberbürgermeisters
- 11** Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnung
- 12** Behandlung von Vorlagen
- 12.1** Städtebaulicher Rahmenplan Insel Dänholm
Vorlage: B 0179/2014
- 12.2** Namensrechtsnutzung im Rahmen der Sportförderung
Vorlage: B 0013/2015
- 13** Verschiedenes
- 14** Ausschluss der Öffentlichkeit, Eintritt in den nichtöffentlichen Teil
- 16** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntmachung der Ergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil
- 17** Schluss der Sitzung

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Präsident der Bürgerschaft, Herr Paul, begrüßt alle anwesenden Bürgerschaftsmitglieder, den Oberbürgermeister, Herrn Dr. Badrow, den Senator Herrn Hartlieb sowie alle Gäste der 03. Sitzung des Jahres 2015.

Nach Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung gibt Herr Paul bekannt, dass von 43 Bürgerschaftsmitgliedern zu Beginn der Sitzung 36 Bürgerschaftsmitglieder anwesend sind.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung

Herr Paul informiert über den Antrag des Oberbürgermeisters zur Erweiterung der Tagesordnung um die Vorlage B 0013/2015.

Zum Antrag 9.8 verweist der Präsident auf ein Schreiben des Innenministeriums und erfragt, ob der Einreicher diesen Antrag weiterhin auf der Tagesordnung belassen möchte.

Herr Suhr gibt bekannt, dass der Antrag unter TOP 9.8 auf der Tagesordnung verbleiben sollte. Gleichzeitig zieht er jedoch die Anfrage unter TOP 7.11 zurück und bittet, wie mit Herrn Senator Hartlieb vereinbart, um eine schriftliche Beantwortung.

Herr Adomeit zieht den Antrag unter TOP 9.5 zurück. Er soll am 11.6 erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden.

zu 3 Beschlussfassung über die Tagesordnung und Eintritt in die Tagesordnung

1. Abstimmung:

Aufnahme der Vorlage-Nr. B 0013/2015 in die Tagesordnung

Mehrheit aller Gemeindevertreter

2015-VI-03-0187

Die Vorlage wird unter TOP 12.2 in die Tagesordnung eingeordnet.

2. Abstimmung der Gesamttagesordnung

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Tagesordnung der Sitzung vom 09.04.2015 mit den genannten Änderungen.

2015-VI-03-0188

Mehrheit aller Gemeindevertreter

zu 4 Billigung der Niederschrift der 02. Sitzung vom 12.03.2015

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Billigung der Niederschrift der 02. Sitzung vom 12.03.2015 ohne Änderungen/Ergänzungen.

2015-VI-03-0189

Mehrheit aller Gemeindevertreter

zu 5 Mitteilungen des Präsidenten

Der Präsident der Bürgerschaft informiert wie folgt:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben hat sich gemäß Beschluss 2015-VI-01-0149 mit dem Sachantrag zur Umsetzung des Leitbildes der Hansestadt Stralsund befasst.

Im Ergebnis seiner Sitzung vom 25.03.2015 empfiehlt der Ausschuss nach ausführlicher Beratung das Ansinnen nicht weiter zu verfolgen. Es bestehe angesichts der dargelegten Argumente zum jetzigen Zeitpunkt kein Handlungsbedarf für eine Anpassung des Leitbildes.

Der Schriftsatz hierzu liegt den Fraktionen und Einzelmitgliedern der Bürgerschaft vor. Der Präsident bittet um Kenntnisnahme und betrachtet den Verweisungsbeschluss als umgesetzt.

Seitens des Amtes für Wirtschaftsförderung/Stadtmarketing wurde zum Bürgerschaftsbeschluss 2014-VI-05-0208 mitgeteilt, dass der Antrag der Hansestadt Stralsund auf Anerkennung als „Staatlich anerkannter Erholungsort“ mit Datum vom 17.03.2015 beim Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales M-V zur Prüfung eingereicht wurde. Eine Antwort steht noch aus.

Herr Paul berichtet, dass durch das Rechnungsprüfungsamt der Rechenschafts- und Tätigkeitsbericht für den Zeitraum „01.01.2014 bis 31.12.2014“ erstellt wurde. Dem Rechnungsprüfungsausschuss wurde er am 04.03.2015 vorgelegt. Die Fraktionen erhielten den Bericht ebenfalls, für die Einzelbürgerschaftsmitglieder liegt er im Büro des Präsidenten zur Einsichtnahme aus.

Der Präsident gibt weiter bekannt, dass Herr Nico Völker als sachkundiger Einwohner seine Mandate im Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung sowie im Aufsichtsrat der SES mbH mit Wirkung zum 19.03.2015 niedergelegt hat. Anträge zu Nachbesetzungen liegen zur heutigen Sitzung vor.

Abschließend informiert Herr Paul, dass das Mitglied der Bürgerschaft Herr Matthias Laack gegenüber dem Oberbürgermeister Akteneinsicht für den Vertrag der Hansestadt Stralsund mit dem Großmarkt Rostock beantragt hat.

Herr Paul informiert an dieser Stelle über dieses Begehren und verweist darauf, dass den Bürgerschaftsmitgliedern dieser Antrag bereits vorab zur Kenntnis gegeben wurde.

Er weist weiter darauf hin, dass Anträge auf Akteneinsicht nach § 34 Abs. 4 KV M-V zwar an den Oberbürgermeister zu richten, jedoch in der Bürgerschaft zu stellen sind.

zu 6 Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Dr. Badrow berichtet, dass allen und auch ihm persönlich das Thema Sauberkeit in der Hansestadt Stralsund sehr am Herzen liegt.

Hierzu bedankt der Oberbürgermeister sich heute zunächst ganz herzlich bei den Schülerinnen und Schülern, den Lehrerinnen und Lehrern sowie den Schulleitungen der Regional- schule Marie Curie und der Grundschule Karsten Sarnow, die die Verwaltung so aktiv beim diesjährigen Frühjahrsputz am 20. März unterstützt haben. Gemeinsam mit ihrer tatkräftigen Hilfe wurde der Teichhof in Knieper wieder ein Ort, der auch zum Verweilen einlädt. Nur durch solch beispielhafte Unterstützung kann die ständige Herausforderung gemeistert, dass die Stadt mit Ihren vielen Grünflächen sauber und für alle so liebenswert bleibt.

Herr Dr. Badrow berichtet zudem, dass die Stadt den Verlust der sog. „Pickerkolonnen“ kompensieren konnte. In Zusammenarbeit mit der SIC ist es gelungen, über das Arbeitsmarktinstrument FAV – übersetzt Förderung von Arbeitsverhältnissen – für 2 Jahre wieder 10 Arbeitskräfte im Stadtgebiet für die Beseitigung von Unrat einsetzen zu können. Eingesetzt werden hier ALG II – Bezieher, deren Lohnkosten durch das Jobcenter mit 75 % gefördert werden. Unterstützt wird der Einsatz auch durch die Wohnungsgenossenschaften Volkswerft und Aufbau Stralsund sowie die Wohnungsbaugesellschaft Stralsund. Ziel ist es, dank dieser Kräfte auch wieder verstärkt in den Wohngebieten Knieper und Grünhufe Müll zu beseitigen. Die ersten 5 Kräfte beginnen ihren Dienst bereits Ende April, am 27.4.15, die anderen 5 folgend im Mai.

zu 7 **Anfragen**

zu 7.1 **Maritime Infrastruktur** **Einreicher: Matthias Laack (AfD)** **Vorlage: gAF 0004/2015**

Anfrage:

A) Die Nordwestansteuerung von Stralsund ist der mit Abstand kürzeste Seeweg in Richtung NW und ein nautischer Vorteil für die Erreichbarkeit der Hauptschiffahrtsrouten in der Ostsee. Welche Aktivitäten unternahm die Stadtverwaltung, um dieser Stralsunder Infrastruktur für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Stralsund in Vorpommern zu sichern?

B) Die Fahrrinne, eine Bundeswasserstraße, versandet und verlandet zunehmend, die Wassertiefen sind laut Nachrichten für Seefahrer des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie nicht auf Solltiefen. Wie setzt sich die Stadtverwaltung, vertreten durch den Oberbürgermeister, für Stralsunds kürzeste und günstigste Seeanbindung ein?

C) In der Presse gab es Informationen darüber, dass der Drahtseilhersteller Teufelberger auf dem Seeweg in Richtung West exportieren will und muss, da die Coils sehr hohe Gewichte haben werden, wurde die um ca. 60 sm kürzere Route gegenüber dem Neuansiedler bekannt gemacht? Ein Mitarbeiter des Fraunhofer Institutes erörterte die Verarbeitung von Bambusfasern aus Indien als Zuschlagstoff für Betonprodukte, sie sollen mit Containern auf dem Seeweg direkt nach Stralsund transportiert werden. Auch hier spielt der Seeweg nach Stralsund und die Umschlagstechnologie samt Hafeninfrastuktur eine Hauptrolle, wie bereitet sich Stralsund auf den wachsenden Seeverkehr in der Ostsee mit seinen Chancen für unsere Stadt vor?

Zuerst erläutert Herr Fürst einige Begriffsbestimmungen und Rahmenbedingungen anhand eines Seekartenausschnittes:

- Die Hansestadt Stralsund hat 2 Ansteuerungen
- Nordansteuerung Solltiefe 4,50 m
- Ostansteuerung Solltiefe 7,50 m
- Für größere, beladene Schiffe ist nur die Ostansteuerung nutzbar.
- Für kleinere Frachtschiffe, unbeladene Schiffe, sowie die Passagier- und Sportschifffahrt ist die Nordansteuerung von großem Interesse.
- Nicht unwichtig ist die Nordansteuerung auch für die Häfen Barth und Ribnitz sowie die gesamte Boddenkette

- Beide Ansteuerungen sind Bundeswasserstraßen und unterliegen der Hoheit der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes, vertreten durch das WSA in Stralsund.

- Durch Vertreter der Verwaltung (angefangen bei der Hafenbehörde, dem Hafenskapitän, verschiedenen Amtsleitern, den Dezernenten, bis zum Oberbürgermeister) besteht regelmäßig Kontakt zum WSA, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Existenz der SWS Seehafen Stralsund GmbH (einer 100 %-igen Tochter der Hansestadt Stralsund) in direkter Weise abhängig von der Nutzbarkeit beider Ansteuerungen ist.

- Thema der Gespräche in jüngster Zeit ist die Herstellung der Solltiefen in Nord- und Ostansteuerung.

- Hier der neueste Sachstand:

- Ostansteuerung:

- Unterhaltungsbaggerung in der Ostansteuerung Stralsund
- Schifffahrt bereits eingeschränkt
- Betroffene Bereiche Palmer Ort Rinne, Mittelgrund und Ziegelgraben
- Gesamtmenge ca. 700.000 m³ großteils zu verspülendes Sediment
- Notmaßnahme in 02 und 03/2015, ca. 65.000 m³ auf dem Spülfeld verspült

Ausführungszeitraum:

I.Quartal 2015

III.+ IV. Quartal 2015

- Nordansteuerung:

- Unterhaltungsbaggerung im Bereich der Nordansteuerung Stralsund, Umlagerung von ca. 380.000 m³ Sand
 - Kooperation mit dem Land M-V erforderlich; Nutzung des Baggergutes zum Küstenschutz
- Stand:

- Planungen gemeinsam mit dem StALU

- Haushaltsmittel erneut beantragt

Ausführungszeitraum:

III. + IV. Quartal 2015

Zu Fragenkomplex C:

Die Fa. Teufelberger steht im direkten Kontakt mit der SWS Seehafen GmbH. Es liegen auch schon 2 Kooperationsverträge bezüglich Lager- und Umschlagsleistungen in Unterschriftsreife vor.

Die übliche Verfahrensweise zum Transport der Seilhaspeln zu den europäischen Häfen mit Linienverkehren nach Übersee ist die Beauftragung von Maklern bzw. Schifffahrts-Agenturen mit der Organisation und Abwicklung dieser Transporte. Dies erfolgt in der Regel nach wirtschaftlichen Kriterien, so dass ggf. auch die kürzere Nordansteuerung eine Rolle spielen kann.

Generell wird eingeschätzt, dass der Seehafen Stralsund mit den in den kommenden Jahren geplanten Investitionen in Hafeninfrastruktur und Umschlagtechnologie in der Lage sein wird, den Anforderungen aus dem wachsenden Seeverkehr in der Ostsee gerecht zu werden.

zu 7.2 Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern mbH (WFG)
Einreicher: Herr Michael Adomeit, Wählergruppe "Adomeit"
Vorlage: gAF 0003/2015

Anfrage:

1. Wie viele finanzielle Mittel hat die Hansestadt Stralsund seit 2006 an die WFG gezahlt?
2. Wie viele Unternehmen wurden bisher durch die WFG in der Hansestadt Stralsund angesiedelt?
3. Wie viele Arbeitsplätze wurden seit 2006 in der Hansestadt Stralsund durch die WFG geschaffen?
4. Warum ist die Hansestadt Stralsund Mitglied der WFG, obwohl es in Stralsund ein Eigenes Wirtschaftsamt gibt?
5. Werden Projekte, die durch die WFG betreut werden, mit der Wirtschaftsförderung in Stralsund abgestimmt?
6. Warum sind im Beirat der WFG keine Stralsunder Unternehmen vertreten?
7. Ist der Landkreis Vorpommern- Greifswald noch Mitglied in der WFG?
8. Kann die WFG überhaupt Stralsunder Interessen vertreten, wenn in der Strukturschwächsten Region der EU jede Unternehmensansiedlung ein Politikum geworden ist?
9. Ist das Anwerben von ausländischen Fachkräften durch die WFG auf Grund der Werftenpleite im Sinne der Hansestadt Stralsund?
10. Wurden die Interessen der Hansestadt Stralsund überhaupt jemals durch die WFG vertreten, wenn ja, wie hat sich das seit 2006 in der wirtschaftlichen Entwicklung der Hansestadt Stralsund wiederspiegelt?

Herr Fürst beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu 1.:

Von 2011 (dem Zeitpunkt des Beitritts der Hansestadt Stralsund zur WFG Vorpommern) bis heute zahlte die Hansestadt Stralsund je 50.000 EUR pro vollem Geschäftsjahr, somit insgesamt 187.500 EUR an Gesellschafterzuschüssen. Zusätzlich erfolgte die Zahlung einer Stammeinlage in Höhe von 12.500 EUR im Jahre 2011.

Zu 2. und 3.

Die WFG siedelt weder an noch schafft sie Arbeitsplätze außerhalb des eigenen Unternehmens, sondern sie unterstützt Firmen und Unternehmer, u.a. bei Ansiedlungs- und Investitionsvorhaben. Die Arbeitsplätze werden dann durch die Unternehmen selbst geschaffen. Von der WFG wurden bisher über 40 erfolgreiche Ansiedlungs- und Erweiterungsvorhaben in ganz Vorpommern begleitet, wodurch weit über 3.000 Arbeitsplätze neu geschaffen worden sind. Darunter befanden sich auch Stralsunder Projekte wie etwa arvato services, adesso oder Unister. Doch auch durch im Umland Stralsunds erfolgte Neuansiedlungen werden Arbeitsplätze für Stralsunder Bürgerinnen und Bürger geschaffen. So sind allein bei der Ferrum Technik / Cover all GmbH's in Groß Lüdershagen und der biosanica Manufaktur GmbH am Pommerndreieck, die beide durch die WFG unterstützt wurden, nach Angaben der Geschäftsführungen ca. 50 Stralsunderinnen und Stralsunder beschäftigt. Auch von weiteren, von der WFG begleiteten Betrieben auf Rügen, in Greifswald oder in Lubmin ist bekannt, dass sie Stralsunder Mitarbeiter beschäftigen.

Zu 4.:

Die Hansestadt Stralsund erwartet von der WFG insbesondere eine verstärkte überregionale, nationale und internationale Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Stralsund. Dies ist bislang durch das Amt für Wirtschaftsförderung weder personell noch finanziell leistbar.

Zu 5.:

Abstimmungen erfolgen regelmäßig im Arbeitskreis der vorpommerschen Wirtschaftsförderer, der von der WFG organisiert und geleitet wird, sowie bilateral auf Arbeitsebene. Außerdem erfolgen Abstimmungen, Beschlussfassungen und Festlegungen in den Gesellschafterversammlungen. Der aus 13 Vertretern bestehende, beratend tätige Beirat gibt Anregungen und Empfehlungen zur Arbeit der WFG Vorpommern.

Zu 6.:

Die Beiräte werden durch die Gesellschafterversammlung auf Vorschlag der einzelnen Gesellschafter berufen. Vom Gesellschafter Hansestadt Stralsund wurde Prof. Michael Klotz von der FH Stralsund vorgeschlagen und dieser wurde durch die Gesellschafterversammlung auch berufen.

Zu 7.:

Neben dem Landkreis Vorpommern-Rügen, den Städten Stralsund und Greifswald und der Sparkasse Vorpommern ist auch der Landkreis Vorpommern-Greifswald Mitgesellschafter.

Zu 8.:

Die WFG Vorpommern vertritt die Interessen Vorpommerns und somit immer auch die Interessen der Hansestadt Stralsund. Beispiele von Unternehmensansiedlungen, die zum Politikum geworden wären, sind der WFG nicht bekannt. Falsch ist, dass Vorpommern zu den strukturschwächsten Regionen der EU zählt. Vielmehr ist Mecklenburg-Vorpommern seit 2014 nicht mehr sog. Ziel-1-Gebiet, wodurch schon deutlich wird, dass andere europäische Regionen als wesentlich strukturschwächer anzusehen sind.

Zu 9.:

In der Region Vorpommern herrscht nachgewiesenermaßen ein wachsender Bedarf an Fachkräften in den unterschiedlichsten Bereichen, so zum Beispiel in Hotellerie und Gastronomie, in der Gesundheitswirtschaft, aber auch in Industrie und Handwerk. Extrem schwierig ist es für zahlreiche Betriebe inzwischen auch geworden, geeignete Bewerber für Ausbildungsplätze zu finden. Die nach aktueller Aussage der Agentur für Arbeit Stralsund 250 arbeitslosen ehemaligen Mitarbeiter der Volkswerft können die vorgenannten Bedarfe in keiner Weise decken. Insofern ist die Vermarktung der Region als attraktiver Ort zum Leben und Arbeiten und das Fachkräfte- und Zuzugsmarketing der WFG Vorpommern ein wichtiger Beitrag, die Wirtschaftsentwicklung zu sichern und zu befördern. Außerdem zielen die Standortmarketing-Aktivitäten auch darauf ab, Zuzug zu generieren, um so dem demografisch bedingten Bevölkerungsrückgang entgegen zu wirken und so Nachfrage und Umsatz für einheimische Unternehmen, zum Beispiel aus Einzelhandel und Handwerk, zu sichern.

Zu 10.:

Werden Interessen und Vorschläge von der Hansestadt Stralsund – über die Gremien oder auf der Arbeitsebene – an die WFG herangetragen, werden diese auf Umsetzung oder Unterstützung geprüft und gemeinsam verfolgt. Daneben gibt es eine Vielzahl von Aktivitäten der WFG, die mit Stralsunder Unternehmen oder Institutionen durchgeführt wurden. Exemplarische Beispiele hierfür sind:

- Betreuung oder Mitbetreuung von Unternehmerprojekten in oder aus Stralsund,
- Beteiligung mehrerer Stralsunder Unternehmen an der Imagekampagne „Leben und Arbeiten in Vorpommern. Deutschlands Sonnendeck“,
- WFG-Veranstaltungen in Stralsund, wie etwa: das Unternehmerforum Schiff- und Metallbau (durchgeführt zum Beispiel bei Ostseestaal, geplant an der FH Stralsund) oder Informationsveranstaltung zu Fördermöglichkeiten,
- (Mit-)Organisation und (tw. finanzielle) Unterstützung von Veranstaltungen und Events in Stralsund wie etwa STeP-Kongress, IT-Messe oder Regionalproduktmesse,
- Studien und Befragungen wie etwa die Unternehmensbefragung Vorpommern 2010 (i.Z.m. der FH Stralsund), die Energiepreisstudie zu Strompreisen in Mecklenburg-

Vorpommern (i.Z.m. der FH Stralsund), die Unternehmensbefragung 2012 des Regionalen Übergangsmanagements (zum Ausbildungsverhalten von Betrieben i.Z.m. der FH Stralsund) oder die Studie „Handlungsansätze für strategische Kooperationen zwischen den Häfen in Vorpommern“ (beauftragt vom Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern, u.a. unter Beteiligung des Seehafens Stralsund),

- EU-Projekt MARRIAGE (i.Z.m. der Tourismuszentrale Stralsund als Projektpartner und dem Amt für Wirtschaftsförderung / Stadtmarketing als kooptierten Partner) und
- In Vorbereitung befindliche Projekte wie der 1. Immobilientag Vorpommern in Stralsund am 29./30. April (mit Unterstützung durch mehrere Stralsunder Unternehmen) und das Projekt „Unternehmerreisen“ i.Z.m. der Tourismuszentrale Stralsund.

Herr Adomeit erfragt, wie man sich die Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaftsfördergesellschaft und der Verwaltung vorstellen kann.

Herr Fürst antwortet, dass regelmäßig (ca. alle 2 Monate) Treffen der Wirtschaftsförderer, zum fachlichen Austausch über anstehende Projekte, stattfinden.

Es besteht auch ständiger Kontakt zu anderen Wirtschaftsförderungen, wie z.B. Hansestadt Greifswald.

Herr Adomeit stellt an Herrn Dr. Badrow die Frage, wie eine Beiratswahl abläuft und warum Herr Prof. Dr. Klotz vorgeschlagen wurde und nicht beispielsweise Frau Waschki von der Stralsunder Mittelstandsvereinigung.

Herr Dr. Badrow erläutert, dass Herr Prof. Klotz eine gute Wahl ist, da über ihn eine bedeutende Ansiedlung gekommen ist, viele Professoren aus dem Unternehmertum kommen und wissen was sie dort tun. Des Weiteren haben sie gute Kontakte. Der inhaltliche Schwerpunkt lag damals auf Datenverarbeitung und die Gesamtkraft der Wirtschaftsfördergesellschaft sollte darauf konzentriert werden. Wenn Frau Waschki als Sekundärvorschlag vorliegt, denkt Herr Dr. Badrow gern darüber nach.

Herr Riedel betont, dass ein Vertreter aus Stralsund in diesem Beirat zu wenig ist.

Herr Adomeit drückt sein Unverständnis darüber aus, dass der Seehafen Mukran/Sassnitz ebenfalls gefördert wird, aber einer der größten Konkurrenten des Stralsunder Hafens ist.

Herr Fürst antwortet, dass der Hafen Mukran mit dem Hafen Stralsund nicht vergleichbar ist. Mukran hat einen klassischen Fährhafen. Der Stralsunder Hafen ist ein Spezialhafen mit Spezialgütern und es ist eine Eisenbahnanbindung vorhanden, die nicht auf die Ziegelgrabenbrücke angewiesen ist. Er ist dichter an Wirtschaftszentren wie z.B. Berlin.

Wenn Anfragen für Aufträge kommen, die Stralsund nicht erfüllen kann, werden sie an Mukran umgeleitet, damit es regional bleibt.

Herr Dr. Badrow erklärt, dass auch Greifswald kein Konkurrent ist, sondern dass man zusammen mehr auf die Beine stellen kann. Des Weiteren kann man bei einer Summe von 50.000 € für die Wirtschaftsfördergesellschaft, mit der Personal bewegt werden soll, damit es Unternehmensansiedlung in Stralsund gibt, nicht darüber nachdenken den Hafen zu subventionieren, da dies um Weiten teurer wäre.

zu 7.3 zu Einwohnerversammlungen
Einreicherin: Claudia Müller
vertagt vom 12.03.2015
Vorlage: kAF 0020/2015

Anfrage:

1. Wie oft und mit welchen Inhalten hat der Oberbürgermeister in seiner Amtszeit Einwohnerversammlungen zur Information der Stralsunderinnen und Stralsunder einberufen? (bitte mit Angabe der Daten)
2. Beabsichtigt der Oberbürgermeister, das Instrument der Einwohnerversammlungen in Zukunft häufiger zu nutzen?
3. Welche weiteren Möglichkeiten sieht der Oberbürgermeister, um die Informationslage in der Stralsunder Bevölkerung bei wesentlichen Projekten auch im Vorhinein zu verbessern?

Herr Dr. Badrow beantwortet die Anfrage wie folgt:

Bauamt
Abteilung Planung und Denkmalpflege in Abstimmung mit SES mbH

Einwohnerversammlungen

Datum	Maßnahme	
11.03.2011	Dänholm - Rahmenplan	Workshop
10.01.2013	Neuer Markt	Bürgerversammlung
26.01.2013	Neuer Markt	Workshop
07.03.2013	Neuer Markt	Bürgerforum
19.02.2014	Dänholm – Rahmenplan	Bürgerforum
14.01.2015	ISEK – Fortschreibung	Bürgerversammlung

Bei den o.g. genannten Einwohnerversammlungen handelt es sich mit Ausnahme der Bürgerbeteiligung ISEK um freiwillige Formen der Bürgerbeteiligung, die weder gesetzlich noch aus anderen (z.B. förderrechtlichen Gründen) vorgeschrieben waren. Drei- bis viermal im Jahr tagt der Gestaltungsbeirat in öffentlicher Sitzung. Hier haben Bürger die Gelegenheit, den Meinungsbildungsprozess zum Umgang mit Planungen für Neubauten oder Sanierungen und größeren Vorhaben in der Altstadt zu verfolgen.

In öffentlichen, vom Bürgerkomitee „Rettet die Altstadt“ Stralsund e.V. organisierten Vortragsveranstaltungen informiert der Leiter der Planung und Denkmalpflege einmal im Jahr über bauliche Entwicklungen in der Altstadt und steht dort für Fragen der Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung.

Abteilung Straßen und Stadtgrün in Abstimmung mit SES mbH
Gemäß § 16 Abs. 2 Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern sollen die Einwohnerinnen und Einwohner bei wichtigen Planungen und Vorhaben, die von der Gemeinde durchgeführt werden, möglichst frühzeitig über die Grundlagen, Ziele und Auswirkungen unterrichtet werden.
Die Planung von Straßen steht im planerischen Ermessen des Straßenbaulastträgers. Eine rechtliche Verpflichtung zur Durchführung von Einwohnerversammlungen besteht in diesem

Zusammenhang nicht.

In Vorbereitung beitragsfähiger Straßenbaumaßnahmen kommt die Hansestadt Stralsund grundsätzlich dem Informationsgebot gemäß § 8 Abs. 1 Satz 3 Kommunalabgabengesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern nach. Vor der Heranziehung zu Straßenbaubeiträgen werden die Beitragspflichtigen über die wesentlichen Regelungen der Beitragserhebung informiert.

Die Abteilung Straßen und Stadtgrün führt grundsätzlich eine Bürgerinformation in Form von Einwohnerversammlungen bei Straßenbauvorhaben durch. Inhalte dieser Veranstaltungen sind die Vorstellung der Planung und Umsetzung der konkreten Maßnahmen einschließlich der zeitlichen Abfolge des Bauvorhabens bis hin zur Erläuterung des Beitragserhebungsverfahrens und der Kenntnisausgabe der zu erwartenden Höhe des Straßenbaubeitrages. Den Einwohnerversammlungen ist im Vorfeld bereits eine Auslegung der Planungsgrundlagen im Bauamt vorausgegangen. Über deren Möglichkeit zur Einsichtnahme werden die Anwohner rechtzeitig informiert.

So wurden seit 2009 bis heute 44 Einwohnerversammlungen (siehe Übersicht) der Hansestadt Stralsund (Abteilung Straßen und Stadtgrün) zu größtenteils Straßenbaumaßnahmen aber auch anderen Vorhaben durchgeführt.

Dazu gehören die Straßenbaumaßnahmen, bei denen die Anwohner darüber informiert werden, was wann wie passieren soll.

Dazu gehören außerdem eine Informationsveranstaltung zur Renaturierung Kliff KGV "Am Bodden e.V.", die Vorstellung des Entwicklungs- und Pflegekonzeptes für den Stadtwald oder den St. Jürgen Friedhof. Unbedingt zu nennen sind das Verkehrskonzept Altstadt und die Studie zur Gorch Fock I., aber auch die Einladung von Anwohnern, wenn es darum geht, Spielplätze zu gestalten. Hier sind die Bürger gefragt.

Im Bereich Immissionsschutz wurde im Zusammenhang mit der Lärmaktionsplanung (Stufe 2) gem. EU-Umgebungslärmrichtlinie die Öffentlichkeit beteiligt.

Die Mitwirkung der Öffentlichkeit bei der Ausarbeitung und der Überprüfung der Lärmaktionspläne ist sogar gesetzlich vorgeschrieben (EU-Umgebungslärmrichtlinie bzw. § 47d Abs. 3 BImSchG).

Der Entwurf des Lärmaktionsplanes wurde am 29.08.2014 im Rathaus vorgestellt und damit zusammenhängende Anfragen beantwortet sowie Hinweise und Kritiken der Bürger aufgenommen.

Im Jahr 2010 wurden der Rahmenplan sowie das Integrierte Handlungskonzept Soziale Stadt Frankenvorstadt in einer Einwohnerversammlung vorgestellt und diskutiert.

Besondere städtebauliche Planungsprozesse wie z. B. die Umgestaltung des Stadtraumes Neuer Markt, wurden mit starker Bürgerbeteiligung, in diesem Fall einer Bürgerwerkstatt in 2013, durchgeführt.

Woran sich viele Bürgerinnen und Bürger mit Sicherheit aktuell erinnern können, ist die Vorstellung der Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes – kurz ISEK genannt. Die Beschlussfassung dazu steht heute auf der Tagesordnung.

Zur Informationspolitik der Stadtverwaltung gehören außerdem öffentliche Führungen durch Grünanlagen der Stadt mit einem Baumsachverständigen. Die drei bisherigen Veranstaltungen waren ausgesprochen gut besucht.

Übersicht

Einwohnerversammlungen Hansestadt Stralsund, Abteilung Straßen und Stadtgrün

Datum	Maßnahme		
05.05.2009	Apfelweg		
25.06.2009	Frankendamm	Baulos 3 a	SES
19.08.2009	Mönchstraße	1. BA	SES
17.12.2009	Ostseeküstenradweg	Sassnitzer bis Selliner Weg	
02.02.2010	Spielplatz Rotdornweg		

04.05.2010	Tetzlawstraße	von Witzlawstr. bis Im Grunde	
14.07.2010	Mönchstraße	2. BA	SES
26.08.2010	Frankendamm	4. BA	
30.08.2010	Am Fischmarkt	2. BA	SES
22.09.2010	Informationsveranstaltung zur Renaturierung Kliff KGV "Am Bodden e.V."		
25.10.2010	Mönchstraße	3. BA	SES
01.11.2010	Hafenstraße		SES
10.11.2010	Entwicklungs- und Pflegekonzept Stadtwald		
22.11.2010	Mönchstraße	3. BA	SES
14.03.2011	Kleiner Diebsteig		SES
15.03.2011	Barnimstraße	von Witzlawstr. bis Krummer Weg	
21.03.2011	Frankenwall	Baulos 1	SES
12.05.2011	Sastrowstraße		
29.08.2011	Kleiner Diebsteig	1. BA	SES
12.09.2011	Frankenwall	1. BA	SES
15.12.2011	Ostseeküstenradweg	Abschnitt Selliner bis Drigger Weg	
08.03.2012	Bielkenhagen	4. BA	SES
21.03.2012	Großer Diebsteig/Kurze Straße		
02.04.2012	Frankenhof	2. BA, Los 2	SES
04.04.2012	Im Grunde	1. BA	
04.03.2013	Großer Diebsteig	3. BA	SES
25.03.2013	Im Grunde	2. BA	
03.04.2013	Frankenwall westlich	2. BA	SES
04.04.2013	Krummer Weg	1. BA	
05.04.2013	Entwicklungs- und Pflegekonzept St. Jürgen Friedhof		
14.05.2013	Verkehrskonzept Altstadt		
08.07.2013	Marienstraße		SES
25.11.2013	Peter-Blome-Straße		SES
24.02.2014	Große Parower Str.	2. BA	
10.03.2014	Gartenstr./Fritz-Reuter-Str.		SES
20.03.2014	Marienstraße	2.2 BA	SES
31.03.2014	Krummer Weg	2. BA	
23.04.2014	Oberweg	von Damaschkeweg bis Tribseer Wiesen	
28.05.2014	Spielplatz Stechpalmenweg		
10.07.2014	Spielplatz Baumschulenstraße		
27.11.2014	Vogelwiese		
04.11.2014	Machbarkeitsstudie Gorch Fock		
16.02.2015	Oberweg	1. BA	
19.03.2015	Große Parower Straße	3. BA	

Zu Frage 3

Pressestelle

(für den Zeitraum Oktober 2008 bis Dezember 2014)

Pressemitteilungen	rund 2.800 (pro Arbeitstag im Durchschnitt 2)
Pressegespräche und -termine	rund 1.000 (pro Arbeitswoche im Durchschnitt 3,5)

Relevant für die Einwohnerinformation sind außerdem die Beantwortung von Presseanfragen sowie Gesprächstermine und Interviews für Pressemitarbeiter

www.stralsund.de
(seit Onlinegang des neuen Internetauftrittes)

Veröffentlichungen der Nachrichten der Hansestadt Stralsund und dritter Partner (u. a. Landkreis, soweit relevant für Stralsund) im Nachrichtenportal

Frau Müller erfragt die Teilnahmeresonanz von Versammlungen und wie die Anwohnerinnen und Anwohner angesprochen und eingeladen werden.

Herr Dr. Badrow antwortet, dass das themenabhängig ist. Mitarbeiter sind in die Geschäfte gegangen und haben mit Betroffenen gesprochen, da es teilweise tägliche Änderungen bei Straßenbauvorhaben gibt. Die Resonanz ist unterschiedlich. Oft sind die Veranstaltungen voll besucht, manchmal nur diejenigen anwesend, die aktiv betroffen sind. Einladungen erfolgen postalisch, über die Pressestelle und Medien. Insgesamt ist die Beteiligung gut, kann aber besser werden.

Herr Paul stellt den Antrag zur Führung einer Aussprache zur Abstimmung.

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt

zu 7.4 Weiterer Asylbewerberanstieg in Stralsund
Einreicher: Herr Dirk Arendt
vertagt vom 12.03.2015
Vorlage: kAF 0021/2015

Anfrage:

1.

„Dank“ des in dieser Form weltweit einzigartigen Grundrechtsanspruchs auf Asyl, sind die Asylbewerberzahlen deutschlandweit stetig am Steigen. Auch Stralsund soll noch in diesem Jahr sowie in den Folgejahren einen nicht geringen Anteil von Asylbewerber zusätzlich aufnehmen.

In unsere Stadt kursieren bereits die Gerüchte ,daß die Hansestadt Stralsund gemeinsam mit dem Landkreis V-R außer den geplanten 200 zusätzlichen Plätzen für Asylbewerber im neuen Gebäude des Asylbewerberheims auf dem Dänholm (Januar 2015), zusätzlich noch 90 Wohnungen im Stadtteil Grünhufe sowie 15 weitere Wohnungen in der Lion-Feuchtwanger- Straße für Asylbewerber herrichten will. Breiter Unmut macht sich bereits in Stralsund breit. Deshalb nun nachfolgende Fragen: Wie viele Asylbewerber wurden bereits in den vergangenen 2 Jahren Jahren oder sollen im Jahr 2015 in Stralsund aufgenommen bzw. zentral und dezentral untergebracht werden und wo sollen die Asylbewerber dezentral untergebracht werden? (Stadtteile und Straßen)

2.

Wann genau erfolgt oder erfolgte eine Information der Bürgerinnen und Bürger über die beabsichtigte dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern?

3.

Wie wurde oder wird eine Information der Bürgerinnen und Bürgern über das Vorhaben der Zuweisung von Asylbewerbern sichergestellt und wieweit wurden und werden die Bürgerinnen und Bürger in der Angelegenheit angehört und wie wird die Bürgerbeteiligung sichergestellt?

Herr Grieser beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu 1.

Die Zahl der aufgenommenen Asylbewerber durch die Hansestadt Stralsund betrug in den letzten Jahren ca. 150. Für das Jahr 2015 wurden durch den Landkreis weitere 190 angekündigt. Weitere Auskünfte können nicht erteilt werden.

Zu 2.

Eine Information der Bürgerinnen und Bürger über die Situation der Asylbewerber in Deutschland erfolgt seit mehr als zwei Jahren fast täglich über sämtliche Medien. Auch in der Hansestadt Stralsund ist das Thema präsent. Die Bürgerschaft wurde auch in der Vergangenheit unterrichtet. Z.B. in Beantwortung der Anfrage von Herrn Arendt am 24.01.2013., zuletzt auf der Sitzung am 22.01.2015.

Zu 3.

Eine gesonderte Bürgerinformation ist nicht vorgesehen. Ebenso ist eine Bürgerbeteiligung in Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises nicht zulässig. Es entspricht zudem nicht der Praxis, dass Hausbewohner über den Zuzug von Mietern egal welcher Herkunft, Rasse, Alter, Geschlecht, Religion oder sonstiger Merkmale befragt oder informiert werden. Das wird auch in der Zukunft nicht geschehen.

Herr Arendt fragt, ob im Haus am Rügendamm, bis zur 3.Etage, die Studenten und Lehrlinge Wohnungen freiziehen und Asylbewerber einziehen.

Herr Grieser verweist auf die Antwort zu angemieteten Wohnungen auf die Anfrage von Frau Müller zur Sitzung am 22.01.2015.

zu 7.5 zum Meeresmuseum im Katharinenkloster
Einreicher: Gerd Riedel
Vorlage: KAF 0023/2015

Anfrage:

1. Wie ist der aktuelle Stand der Ausstellungskonzeption des Meeresmuseums im Katharinenkloster?
2. Wann wird die neue Konzeption der Öffentlichkeit vorgestellt?
3. Welche Möglichkeiten werden den Stralsunder Bürgern bei Mitgestaltung der Konzeption eingeräumt?

Herr Tanschus beantwortet die Anfrage wie folgt:

Die Konzepte für Ausstellungen und Aquarien sind inhaltlich im Wesentlichen fertiggestellt. Derzeit erfolgen die interne Prüfung, die Untersuchung von alternativen Teillösungen und die Feinabstimmung. Als Deadline hat sich das Meeresmuseum dafür den 31.08.2015 gesetzt.

Frühestens nachdem die Auslobung für einen Architekten- und Gestaltungswettbewerb veröffentlicht wurde, wird die neue Konzeption der Öffentlichkeit vorgestellt, also nicht vor Ende des Jahres. Zuvor sind Beschlussfassungen zu Konzepten und Verfahren in verschiedenen Gremien, u. a. auch dem Verwaltungsrat der Stiftung DMM, notwendig.

Bei den Planungen werden die Ergebnisse der regelmäßigen Besucherbefragungen sowie von Evaluationen einzelner Ausstellungsbereiche berücksichtigt. An den Entscheidungsprozessen zu den Planungen werden die entsprechenden Gremien der Stiftung, wie Beirat und Verwaltungsrat, in denen auch Stralsunder Bürger bzw. Bürgerschaftsmitglieder mitarbeiten, beteiligt. Die Planungen erfolgen im eigenen Haus. Bei Bedarf werden Fachleute hinzugezogen.

Herr Riedel dankt für die Beantwortung und zieht den Antrag auf Aussprache zurück.

**zu 7.6 zum Maritimen Zentrum Frankenvorstadt
Einreicherin: Sonja Steffen, SPD-Fraktion
Vorlage: KAF 0024/2015**

Anfrage:

Welche Maßnahmen wurden zur Fortführung des Maritimen Zentrums Frankenvorstadt (MZF) eingeleitet und wird sich die Hansestadt Stralsund finanziell an der Fortführung des Projektes beteiligen?

Herr Fürst beantwortet die Anfrage anhand einer Präsentation, welche der Niederschrift als Anlage beigefügt wird.

Frau Bartel fragt nach Vorstellungen zur Bewältigung der Deckungslücke von 20.000 € und ob von der Förderung des MBBZ durch das Wirtschaftsministerium etwas zu erwarten ist.

Herr Fürst antwortet, dass versucht wird dem Wirtschaftsminister das Projekt nahezubringen. Momentan gibt es keine Idee zur Deckung.

Herr Paul stellt den Antrag zur Führung einer Aussprache zur Abstimmung.

Abstimmung: mehrheitlich zugestimmt

2015-VI-03-0190

Herr Laack erkennt in diesem Bereich nur Sozialarbeit und nichts wofür das Amt für Wirtschaftsförderung zuständig sein könnte.

Außerdem wird gefragt, was der Druck einer Broschüre kostet und wie viele Exemplare gedruckt worden sind.

Herr Fürst meint, dass Projekte mit Personen mit wandern. Als damaliger Amtsleiter für Soziales und Jugend beeindruckte der soziale Aspekt am Projekt. Die Erklärung des Stadtgebietes Franken als Städtebausanierungsgebiet kam Herrn Fürst entgegen und so kam die erste Förderung. Es besteht ein Fachkräfteproblem und deshalb sollten Schüler frühzeitig an Berufswünsche herangeführt werden. Er betont, dass man sich auf Tradition besinnen sollte und der maritime Bereich eindeutig dazugehört.

Die Kosten für den Druck der Studie wurden aus Städtebaufördermittel gedeckt.

Frau v. Allwörden meint, dass sich Frau Steffen in Berlin an das entsprechende Ministerium wenden kann und sich dafür einsetzt, dass zukünftig eine nahtlose Förderung möglich ist.

Frau Dr. Carstensen meint, dass das Bildungsministerium des Landes eine Budgetierung für Ganztagschulen eingeführt hat, welches umgesetzt wird, um Nachmittagsunterricht in Ganztagschulen zu ermöglichen. Sie fragt, ob man das nicht auch in den kulturellen Bereich ziehen kann.

Herr Fürst nimmt diese Idee gerne auf.

Frau Bartel entgegnet der Aussage von Herrn Laack, dass sie es nicht als Sozialarbeit ansieht, wenn im Wahlpflichtunterricht, der auch zensiert wird und auf dem Zeugnis erscheint, Schüler betätigt werden und eine Ausbildung erhalten.

Frau Kühl sagt, dass Sozialarbeit bedeutet, dass man Jugendliche mobilisieren muss, damit sie später einen Beruf ergreifen können der ihnen Spaß macht. Wenn man eine Einrichtung hat, in der man Jugendliche für Berufe sensibilisieren kann, die sie ausführen wollen, dann ist das die halbe Miete.

Herr Suhr findet die Umsetzung mustergültig und findet das Projekt fortsetzungswürdig.

Frau Müller fragt, ob es vom Landkreis Mittel gibt, die eher für den ländlichen Raum gedacht sind und für den Erhalt des Projektes herangezogen werden können. Des Weiteren fragt Sie, ob im Bereich Berufsfrühorientierung die Möglichkeit besteht, Projekte mit dem Jobcenter wahrzunehmen.

Herr Fürst antwortet, dass die Möglichkeiten beschränkt sind. Die Bundesfrühorientierung ist ganz schmal geschnitten, Ziel ist aber ein breites Angebot.

zu 7.7 zum Quartier 33
Einreicher: Kerstin Chill
Vorlage: kAF 0029/2015

Da die Zeit der Fragestunde abgelaufen ist, erfragt der Präsident von den Einreichern der noch folgenden Anfragen, ob eine Vertagung der Anfragen oder eine schriftliche Beantwortung gewünscht wird.

Frau Chill entscheidet sich für eine Einordnung in die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

zu 7.8 Anzahl der Mitarbeiter in der Abtlg. Stadtgrün
Einreicher: Michael Philippen
Vorlage: kAF 0026/2015

Herr Philippen entscheidet sich für eine Einordnung in die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

zu 7.9 Abfallbehälter mit integrierter Presse
Einreicher: Dr. Stahlberg, Annelore
Vorlage: kAF 0025/2015

Fr. Dr. Stahlberg entscheidet sich für eine Einordnung in die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

zu 7.10 Alleenschutz
Einreicherin: Anett Kindler, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: kAF 0028/2015

Frau Müller entscheidet sich für eine schriftliche Beantwortung der Anfrage..

zu 7.11 Alternatives Jugend- und Kulturzentrum Stralsund
Einreicher: Friedrich Smyra, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: kAF 0027/2015

Die Anfrage wurde unter TOP 2 von der Tagesordnung zurückgezogen.

zu 8 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen zur Beantwortung vor.

zu 9 Anträge

zu 9.1 Änderung der Hauptsatzung
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD-Fraktion
Vorlage: AN 0061/2015

Frau Müller begründet den Antrag ausführlich und teilt dabei mit, dass die Fraktion Linke offene Liste ebenfalls als Einreicher des Antrages auftritt.

Herr Meier führt aus, dass jeder Einwohner die Möglichkeit wahrnehmen kann, am politischen Gestaltungsprozess teilzunehmen. So kann man sich z. B. an öffentliche Sitzungen der Stadt- und Ortsverbände der verschiedenen Parteien wenden. Es gibt die Möglichkeit, an den Präsidenten oder an die einzelnen Fraktionen und Fraktionsmitglieder Anfragen und Wünsche zu richten. Man kann an Parteiveranstaltungen teilnehmen und sich natürlich im Wege der Einwohnerfrage direkt an die Bürgerschaft wenden. Seitens der CDU/FDP-Fraktion wird dies als ausreichend empfunden. In diesem Rahmen sollte der politische Willensbildungsprozess stattfinden.

Herr Suhr plädiert für eine Beschlussfassung des Antrages.

Herr Meier ergänzt, niemanden auszugrenzen, jedoch sollte vor einer Entscheidung in der Bürgerschaft eine ganze Bandbreite von Meinungen und Ansichten vorliegen. Dazu müssen die vorgenannten Möglichkeiten genutzt und nicht nur eine Meinungsäußerung in der Bürgerschaft kurz vor einer Beschlussfassung gehört werden. Der vorhergehende Prozess sollte genutzt werden, um sich eine umfassende Meinung einzuholen.

Herr Laack geht auf die weiter sinkende Wahlbeteiligung in Stralsund ein und führt diese auf zu wenige Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung zurück.

Herr Rickmann spricht sich für eine Erprobung der veränderten Verfahrensweise aus. Sollte sich diese Form der Bürgerbeteiligung nicht bewähren, könnte jederzeit eine erneute Hauptsatzungsänderung erfolgen.

Der Präsident stellt den Antrag wie folgt zur Abstimmung:

Pause: 17:45 – 18:15 Uhr

Es liegen 19 Zustimmungen vor. Damit wird die erforderliche Mehrheit aller Gemeindevertreter nicht erreicht und der Antrag ist somit abgelehnt worden.

zu 9.2 Änderung der Hauptsatzung
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: AN 0062/2015

Frau Müller begründet den Antrag ausführlich und teilt dabei mit, dass die Fraktion Linke offene Liste ebenfalls als Einreicher des Antrages auftritt.

Herr Haack nennt das Beispiel der Fragestunde im Kreistag. Für alle Beteiligten ist die dortige Situation sehr unbefriedigend. Oft ist es so, dass die gestellten Anfragen durch die Ver-

waltung nicht sofort beantwortet werden können. Die jetzige Regelung in der Bürgerschaft erachtet Herr Haack für bedeutend besser.

Herr Meier schließt sich den Ausführungen von Herrn Haack an. Eine spätere schriftliche Beantwortung erscheint ihm ebenfalls nicht befriedigend.

Herr Dr. v. Bosse beschreibt seinen Eindruck aus den Kreistagssitzungen und erklärt, dass in der Hälfte der Fälle Herr Drescher und die Beigeordneten zufriedenstellende Antworten geben konnten. Die andere Hälfte der Anfragen wurde dann schriftlich beantwortet.

Herr Philippen kann diese Aussage nicht bestätigen. Er sieht nicht die Hälfte der Anfragen als beantwortet an, sondern maximal 10 %. Er spricht sich für die Beibehaltung der jetzigen Regelung in der Bürgerschaft aus.

Herr Jungnickel erklärt, dass hier lediglich ergänzt werden soll, dass Anfragen neben der Möglichkeit der schriftlichen Einreichung auch mündlich in der Sitzung gestellt werden können.

Frau Müller betont ebenfalls, dass eine Ergänzung zur bestehenden Regelung vorgesehen ist.

Herr van Slooten sieht mit einer kurzfristigen Möglichkeit eine Entlastung der Verwaltung gegeben, da kein weiteres schriftliches Verfahren erforderlich ist.

Herr Quintana Schmidt beantragt im Namen der Fraktion Linke offene Liste eine namentliche Abstimmung.

Der Präsident lässt über den Antrag abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Änderung der Hauptsatzung gemäß Änderungssatzung entsprechend Anlage 1.

Namentliche Abstimmung:

	Ja	Nein	Enthaltung
1. Adomeit, Michael	x	-	-
2. Arendt, Dirk	x	-	-
3. Bartel, Ute	x	-	-
4. Bauschke, Stefan	-	x	-
5. Butter, Manfred	x	-	-
6. Dr. Carstensen, Heike	x	-	-
7. Chill, Kerstin	-	x	-
8. Ehlert, Sabine	-	x	-
9. Fechner, Friederike	x	-	-
10. Haack, Thomas	-	x	-
11. Hofmann, Maik	-	x	-
12. Ihlo, Harald	-	x	-
13. Jungnickel, Uwe	x	-	-
14. Kindler, Anett	x	-	-
15. Kühn, Andrea	x	-	-
16. Laack, Matthias	x	-	-
17. Lastovka, Hendrik	-	x	-
18. Lewing, Susanne	-	-	-
19. Lewing, Thomas	-	x	-
20. Lindner, Detlef	-	x	-

21.	Meier, Christian	-	X	-		
22.	Meißner, André	-	-	-		
23.	Müller, Claudia	X	-	-		
24.	Paul, Peter	-	X	-		
25.	Philippen, Michael	-	X	-		
26.	Pieper, Thoralf	-	X	-		
27.	Quintana Schmidt, Marc	X	-	-		
28.	Quintana Schmidt, Maria	X	-	-		
29.	Ramlow, Christian	-	X	-		
30.	Rickmann, Niklas	X	-	-		
31.	Riedel, Gerd	X	-	-		
32.	Schulz, Thomas	-	X	-		
33.	Schwarz, Maximilian	-	X	-		
34.	Smyra, Friedrich	X	-	-		
35.	Dr. Stahlberg, Annelore	-	X	-		
36.	Steffen, Sonja	-	-	-		
37.	Suhr, Jürgen	X	-	-		
38.	Tiede, Gerd	-	X	-		
39.	van Slooten, Peter	X	-	-		
40.	von Allwörden, Ann Christin	-	X	-		
41.	Dr. von Bosse, Arnold		X	-	-	-
42.	Westphal, Hans-Walter	-	-	-	-	-
43.	Dr. Zabel, Ronald	-	X	-		

Zustimmungen: 19, Gegenstimmen: 20, Enthaltungen: 0

Mit diesem Abstimmergebnis ist der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt worden.

19 Zustimmungen 20 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 9.3 Änderung der Geschäftsordnung
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD-Fraktion
Vorlage: AN 0060/2015

Frau Müller begründet den Antrag ausführlich und teilt dabei mit, dass die Fraktion Linke offene Liste ebenfalls als Einreicher des Antrages auftritt.

Herr Meier sieht für die CDU/FDP-Fraktion keinen Bedarf, die bestehende Regelung zu ändern. Bei wirklich brisanten Themen wurde in der Vergangenheit die Angelegenheit bereits vorgezogen.

Herr Butter spricht sich für eine Beschlussfassung des Antrages aus.

Herr Rickmann befürwortet den Antrag, um den Stellenwert der Einwohnerfragestunde aufzuwerten.

Herr Suhr beantragt im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine namentliche Abstimmung

Der Präsident lässt über den Antrag abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Geschäftsordnung für die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund und ihre Ausschüsse wird wie folgt geändert:

§ 9 Reihenfolge der Tagesordnung

Aus Punkt 2 „Änderungsanträge zur Tagesordnung“ wird „Einwohnerfragestunde“. Die bisherigen Punkte 2 bis 7 werden zu 3 bis 8.

Namentliche Abstimmung:

	Ja	Nein	Enthaltung
1. Adomeit, Michael	x	-	-
2. Arendt, Dirk	x	-	-
3. Bartel, Ute	x	-	-
4. Bauschke, Stefan	-	x	-
5. Butter, Manfred	x	-	-
6. Dr. Carstensen, Heike	x	-	-
7. Chill, Kerstin	-	x	-
8. Ehlert, Sabine	-	x	-
9. Fechner, Friederike	x	-	-
10. Haack, Thomas	-	x	-
11. Hofmann, Maik	-	x	-
12. Ihlo, Harald	-	x	-
13. Jungnickel, Uwe	x	-	-
14. Kindler, Anett	x	-	-
15. Köhl, Andrea	x	-	-
16. Laack, Matthias	x	-	-
17. Lastovka, Hendrik	-	x	-
18. Lewing, Susanne	-	-	-
19. Lewing, Thomas	-	x	-
20. Lindner, Detlef	-	-	x
21. Meier, Christian	-	x	-
22. Meißner, André	-	-	-
23. Müller, Claudia	x	-	-
24. Paul, Peter	-	x	-
25. Philippen, Michael	-	x	-
26. Pieper, Thoralf	-	x	-
27. Quintana Schmidt, Marc	x	-	-
28. Quintana Schmidt, Maria	x	-	-
29. Ramlow, Christian	-	x	-
30. Rickmann, Niklas	x	-	-
31. Riedel, Gerd	x	-	-
32. Schulz, Thomas	-	x	-
33. Schwarz, Maximilian	-	x	-
34. Smyra, Friedrich	x	-	-
35. Dr. Stahlberg, Annelore	-	x	-
36. Steffen, Sonja	-	-	-
37. Suhr, Jürgen	x	-	-

38.	Tiede, Gerd	-	x	-	-
39.	van Slooten, Peter	x	-	-	-
40.	von Allwörden, Ann Christin	-	x	-	-
41.	Dr. von Bosse, Arnold		x	-	-
42.	Westphal, Hans-Walter	-	-	-	-
43.	Dr. Zabel, Ronald	-	x	-	-

Zustimmungen: 19, Gegenstimmen: 20, Enthaltungen: 0

Mit diesem Abstimmergebnis ist der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt worden.

19 Zustimmungen 20 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 9.4 Änderung der Geschäftsordnung in § 7 Abs. 3
Einreicher: Präsident der Bürgerschaft
Vorlage: AN 0056/2015

Der Präsident begründet den Antrag ausführlich und stellt ihn ohne weitere Wortmeldungen wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

§ 7 Absatz 3 der Geschäftsordnung für die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund und ihre Ausschüsse wird wie folgt neu gefasst:

„Große Anfragen können von jedem Mitglied der Bürgerschaft zu Fragen von besonderer Bedeutung gestellt werden. Sie sind vier Wochen vor der Sitzung beim Präsidenten einzureichen. Zu großen Anfragen findet eine Aussprache statt.“

2015-VI-03-0191
Einstimmig zugestimmt

zu 9.5 Ausstieg aus der Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern mbH
Einreicher: Michael Adomeit, Gerd Riedel, Matthias Laack
Vorlage: AN 0051/2015

Der Antrag wurde unter TOP 2 vom Einreicher zurückgezogen

zu 9.6 Sicherheit in Stralsund – Polizei angemessen ausstatten
Einreicher: Ann Christin von Allwörden
Vorlage: AN 0050/2015

Frau von Allwörden begründet den Antrag ausführlich.

Herr Suhr schlägt vor, dieses Thema in der Landtagssitzung im Juni 2015 vorzutragen. Er zeigt sich bereits jetzt sehr interessiert an den Antworten des Innenministers zur Gebäudemodernisierung sowie der Landesregierung zur personellen Ausstattung der Polizei. Ebenso sollten die Altersentwicklung und der Krankenstand aufgrund des steigenden Alters ausführlich begutachtet werden. Für Veränderungen bei der Polizei sieht Herr Suhr die Landtags-ebene verantwortlich und hofft, Herrn Lindner für die entsprechende Beratung gewinnen zu können.

Frau v. Allwörden dankt Herrn Suhr für die Unterstützung und erklärt, dass ihr weitere Probleme bei der Polizei durchaus bekannt seien.

Herr Quintana Schmidt teilt mit, dass seitens der Fraktion Linke dem Antrag zugestimmt wird, er sieht jedoch die Aufgabe ebenfalls bei der Landesregierung. Er verweist auf die Koalitionsregierung in Schwerin und hofft auf eine gemeinsame Problemlösung.

Herr van Slooten informiert, dass seitens der SPD-Fraktion der Antrag ebenfalls befürwortet wird.

Herr Laack kritisiert, dass seitens der CDU im Landtag seit 20 Jahren keine entsprechenden Initiativen zu verzeichnen waren.

Herr Arendt wird dem Antrag ebenfalls zustimmen und informiert, dass durch die NPD wiederholt Anträge im Landtag gegen die Polizeistrukturreform gestellt wurden.

Der Präsident stellt den vorliegenden Antrag wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

- I. Die Bürgerschaft stellt fest:
 1. Eine niedrige Kriminalitätsrate und ein gutes Sicherheitsgefühl sind nicht nur für die Bürger der Hansestadt Stralsund, sondern auch für die regionale Wirtschaft und den Tourismus wichtige Standortfaktoren. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie eine effektive Kriminalprävention und –repression erfordern allerdings eine angemessene personelle und materielle Ausstattung der Polizei. Die Bürgerschaft begrüßt deshalb die Erklärung der Landesregierung, einen weiteren Stellenabbau bei der Polizei zunächst bis Herbst 2016 auszusetzen.
 2. Die materielle und personelle Ausstattung der Polizei muss sachlichen und nachvollziehbaren Kriterien folgen. Dabei sollten insbesondere die Altersstruktur, die besondere Belastung in Urlaubsgebieten oder die zu betreuende Fläche ausreichend Berücksichtigung finden. Keinesfalls sollte eine Verteilung aus rein fiskalischen Erwägungen erfolgen.

II. Die Bürgerschaft beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich gegenüber der Landesregierung für den Bereich der Hansestadt Stralsund für angemessene und moderne Dienstgebäude der Landespolizei sowie eine angemessene Personalausstattung auch über das Jahr 2016 hinaus einzusetzen, um die Einsatzfähigkeit der Polizei in der Hansestadt Stralsund und der Region langfristig sicherzustellen.

2015-VI-03-0192

Einstimmig beschlossen

zu 9.7 zu Prozesskosten

Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Vorlage: AN 0057/2015

Herr Haack begründet den Antrag ausführlich.

Herr Rickmann berichtet, dass die SPD-Fraktion den Antrag ablehnen wird. Er bittet den Antragseinreicher, den Antrag aus Pietätsgründen zurückzuziehen.

Herr Smyra und Herr Suhr stellen fest, dass man davon ausgehe, dass die Verwaltung eine entsprechende Prüfung bereits vornimmt.

Herr Hartlieb erklärt, dass, sobald ein konkreter Fall vorliegt, dieser konkrete Fall mit all seinen Umständen geprüft wird. Dem Antrag entsprechend kann es sich auch um einen abstrakten Prüfauftrag handeln. Diese abstrakte Prüfung wird die Verwaltung mit einem entsprechenden Aufwand bei Beschlussfassung des Antrages vornehmen.

Herr van Slooten bezeichnet dieses Verfahren als abstrus mit einem unnötigen finanziellen Aufwand.

Herr Haack beantragt im Namen der Fraktion BfS/AfD eine namentliche Abstimmung.

Der Präsident stellt den Antrag zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

1. zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen eine Erstattung der Prozesskosten für Rechtsstreite der Fraktionen erfolgen und insbesondere in welchen Fällen eine Erstattung versagt werden kann,
2. die Fraktionen über das Ergebnis der Prüfung schriftlich zu informieren.

Namentliche Abstimmung:

	Ja	Nein	Enthaltung
1. Adomeit, Michael	-	x	-
2. Arendt, Dirk	-	-	x
3. Bartel, Ute	-	x	-
4. Bauschke, Stefan	x	-	-
5. Butter, Manfred	-	x	-
6. Dr. Carstensen, Heike	-	x	-
7. Chill, Kerstin	x	-	-

8.	Ehlert, Sabine	X	-	-	
9.	Fechner, Friederike	-	X	-	
10.	Haack, Thomas	X	-	-	
11.	Hofmann, Maik	X	X	-	
12.	Ihlo, Harald	X	-	-	
13.	Jungnickel, Uwe	-	X	-	
14.	Kindler, Anett	-	X	-	
15.	Kühl, Andrea	-	X	-	
16.	Laack, Matthias	-	X	-	
17.	Lastovka, Hendrik	X	-	-	
18.	Lewing, Susanne	-	-	-	
19.	Lewing, Thomas	X	-	-	
20.	Lindner, Detlef		X	-	-
21.	Meier, Christian	X	-	-	-
22.	Meißner, André	-	-	-	-
23.	Müller, Claudia	-	X	-	-
24.	Paul, Peter	X	-	-	-
25.	Philippen, Michael	X	-	-	-
26.	Pieper, Thoralf	X	-	-	-
27.	Quintana Schmidt, Marc	-	X	-	-
28.	Quintana Schmidt, Maria	-	X	-	-
29.	Ramlow, Christian	X	-	-	-
30.	Rickmann, Niklas	-	X	-	-
31.	Riedel, Gerd	-	X	-	-
32.	Schulz, Thomas	X	-	-	-
33.	Schwarz, Maximilian	X	-	-	-
34.	Smyra, Friedrich	-	X	-	-
35.	Dr. Stahlberg, Annelore	X	-	-	-
36.	Steffen, Sonja	-	-	-	-
37.	Suhr, Jürgen	-	X	-	-
38.	Tiede, Gerd	X	-	-	-
39.	van Slooten, Peter	-	X	-	-
40.	von Allwörden, Ann Christin	X	-	-	-
41.	Dr. von Bosse, Arnold		-	X	-
42.	Westphal, Hans-Walter	-	-	-	-
43.	Dr. Zabel, Ronald	X	-	-	-

Zustimmungen: 20, Gegenstimmen: 18, Enthaltungen: 1

2015-VI-03-0193
Mehrheitlich beschlossen

zu 9.8 Durchführung eines Bürgerentscheids
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: AN 0058/2015

Herr Dr. v. Bosse begründet ausführlich den vorliegenden Antrag.

Frau von Allwörden verweist auf das Schreiben des Innenministeriums und die darin enthaltene Aussage, dass das vorgesehene Bürgerbegehren rechtswidrig sei. Weiter wurde im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes durch Frau von Allwörden bereits aufgeführt, dass Schüler, Studenten, Jugendliche bis einschließlich 16 Jahre die Bibliothek weiterhin kostenfrei nutzen. Alle weiteren sozialen Staffellungen (ALG II-Bezieher, Rentner, Alleinerziehende) bleiben erhalten. Die Bibliothek wird auch in Zukunft allen Bevölkerungsschichten in gleichem Maße zur Verfügung stehen.

Herr Rickmann teilt für die SPD-Fraktion mit, dass eine Beschlussfassung des Antrages für rechtlich bedenklich gesehen wird und damit nicht zugestimmt werden kann.

Herr Quintana Schmidt informiert, dass Fraktion Linke offene Liste den Antrag unterstützen wird.

Der Präsident stellt den vorliegenden Antrag wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Am 26. April wird parallel zur Oberbürgermeisterwahl ein Bürgerentscheid durchgeführt.

Die Frage lautet:

„Sind Sie dafür, dass die Stadtbibliothek in gleichem Maße wie jetzt auch in Zukunft allen Bevölkerungsschichten zur Verfügung steht?“

Mehrheitlich abgelehnt

zu 9.9 Erarbeitung eines Konzepts "Essbare Stadt"
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: AN 0059/2015

Herr Adomeit beantragt die Verweisung der Beratung des Antrages in den Stadtkleingartenausschuss.

Frau Müller begründet den Antrag ausführlich.

Herr Bauschke beantragt, die Beratung des Antrages zusätzlich in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung zu verweisen.

Herr Arendt empfiehlt, z.B. Familien von einer Kleingartennutzung zu überzeugen. Es gibt genügend freie Gärten, so dass der öffentliche Raum nicht verändert werden muss.

Herr Paul stellt die Anträge, die Beratung des Antrages in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung sowie in den Stadtkleingartenausschuss zu verweisen, wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, die Beratung des Antrages in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung sowie in den Stadtkleingartenausschuss zu verweisen:

„Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister mit der Erarbeitung eines Konzeptes für eine „Essbare Hansestadt Stralsund“, welches sich an der bereits erfolgten Umsetzung des Konzeptes der Stadt Andernach orientieren soll. Eine Vorlage soll bis zur Sitzung im Juni 2015 erfolgen.

Kooperationen mit Kindergärten, Schulen, der Stralsunder Tafel sowie mit Privatpersonen und Initiativen sind wünschenswert und sollen geprüft werden.“

2015-VI-03-0207

Mehrheitlich beschlossen

zu 9.10 Demokratie, Toleranz und Demonstrationskultur
Einreicher: SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: AN 0063/2015

Herr Rickmann begründet den Antrag ausführlich und erklärt, dass die Fraktion Linke offene Liste ebenfalls als Einreicher des Antrages auftritt.

Der Präsident erteilt Herrn Arendt wegen mehrerer Zwischenrufe einen Ordnungsruf.

Herr Bauschke begründet folgenden Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion:

„Die Bürgerschaft beschließt folgenden Änderungsantrag:

Die Antrag Demokratie, Toleranz und Demonstrationskultur (Vorlage Nr. AN 0063/2015) wird wie folgt geändert:

1. In Nr. 1 des Antrages wird Satz 1 wie folgt geändert:

„Die demokratischen Bürgerschaftsfraktionen sind sich einig, dass in der notwendigen Auseinandersetzung mit Extremismus des linken und rechten Spektrums alle demokratischen Kräfte zusammenstehen müssen.“

2. Nr. 3 des Antrages wird gestrichen.

3. In Nr. 4 des Antrages wird Satz 1 wie folgt geändert:

„Für die friedlich gegen links- oder rechtsextremistische Aufmärsche Demonstrierenden ist die Polizei nicht Gegner, sondern Partner.“

4. Nr. 5 des Antrages wird gestrichen.

5. In Nr. 6 des Antrages werden in Satz 1 nach dem Wort „Demonstrationen“ die Wörter „– so weit möglich –“ eingefügt.

6. In Nr. 7 des Antrages wird Satz 1 wie folgt geändert:

„Sollte es bei Demonstrationen Anlass zu Kritik am Verhalten von Demonstrationsteilnehmern oder Einsatzkräften geben, erwarten die demokratischen Bürgerschaftsfraktionen eine rasche und rückhaltlose Aufklärung.“ „

Herr Hofmann stellt den Änderungsantrag der Fraktion BfS/AfD, im Antrag die Aussagen

Links- und Rechtsextremismus zu streichen, dafür ist einzusetzen: jegliche Art von Extremismus. Herr Hofmann begründet den Antrag.

Herr Arendt spricht sich dafür aus, mit diesem Antrag gegen jegliche Art von Extremismus vorzugehen. Er erklärt, dass die Demonstrationen der NPD auch in Stralsund friedlich verlaufen, jedoch oft durch linksextreme Kräfte mit Gewalt verhindert werden sollen.

Herr Suhr berichtet von verschiedenen Demonstrationen in der Stadt und begrüßt das Eintreten der Bevölkerung für eine wahre Umsetzung demokratischer Grundsätze in Stralsund. Er beantragt eine Einzelabstimmung der einzelnen Antragspunkte des Änderungsantrages der CDU/FDP-Fraktion. Herr Suhr teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Änderung des Antrages in den Punkten 1-5 nicht mittragen wird.

Herr Jungnickel verwahrt sich dagegen, dass „Linke“ und „Rechte“ in einen Topf geworfen werden. Die Linke steht für jede Form von Gewaltfreiheit und Toleranz. Diejenigen, die auf Demonstrationen Steine und Flaschen werfen bzw. anderweitig Gewalt ausüben, sind keine Linken sondern Kriminelle und Rowdies, gegen die mit der ganzen Härte des Gesetzes vorgegangen werden muss. Weiter unterstützt er die Aussagen Herrn Suhrs.

Herr van Slooten betont, dass auch die SPD-Fraktion gegen Links- und Rechtsextremismus ist und damit gegen jede Form von Gewalt.

Während der weiteren umfangreichen Beratung kündigt Herr Paul an, Herrn Arendt bei der nächsten Beleidigung oder Störung des Saales zu verweisen.

Herr Philippen stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Rednerliste.

Herr Rickmann stellt im Namen der SPD-Fraktion den Antrag auf eine Auszeit, um eine Einigung der Fraktionen zu erzielen.

Auszeit: 19:55 Uhr bis 20:05 Uhr

Der Präsident stellt die Änderungsanträge wie folgt zur Abstimmung:

1. Abstimmung: Änderungsantrag der Fraktion BfS/AfD
„Streichung von: Links- und Rechtsextremismus und dafür Einsetzen von: jegliche Art von Extremismus“ zur Abstimmung:

Mehrheitlich zugestimmt

2015-VI-03-0193

2. Abstimmung: Pkt. 1 des Änderungsantrages der CDU/FDP-Fraktion:

In Nr. 1 des Antrages wird Satz 1 unter Berücksichtigung des Beschlusses 2015-VI-03-0193 wie folgt geändert:

„Die demokratischen Bürgerschaftsfraktionen sind sich einig, dass in der notwendigen Auseinandersetzung mit jeglicher Art von Extremismus alle demokratischen Kräfte zusammenstehen müssen.“

Mehrheitlich zugestimmt

2015-VI-03-0194

3. Abstimmung Pkt. 2 des Änderungsantrages der CDU/FDP-Fraktion unter Berücksichtigung des Beschlusses 2015-VI-03-0193:

Nr. 3 des Antrages wird gestrichen.

Mehrheitlich zugestimmt

2015-VI-03-0195

4. Abstimmung Pkt. 3 des Änderungsantrages der CDU/FDP-Fraktion unter Berücksichtigung des Beschlusses 2015-VI-03-0193:

In Nr. 4 des Antrages wird Satz 1 wie folgt geändert:

„Für die friedlich gegen jegliche Art extremistischer Aufmärsche Demonstrierenden ist die Polizei nicht Gegner, sondern Partner.“

Mehrheitlich zugestimmt

2015-VI-03-0196

5. Abstimmung Pkt. 4 des Änderungsantrages der CDU/FDP-Fraktion:

Nr. 5 des Antrages wird gestrichen.

Mehrheitlich zugestimmt

2015-VI-03-0197

6. Abstimmung Pkt. 5 des Änderungsantrages der CDU/FDP-Fraktion:

In Nr. 6 des Antrages werden in Satz 1 nach dem Wort „Demonstrationen“ die Wörter „– so weit möglich –“ eingefügt.

Mehrheitlich zugestimmt

2015-VI-03-0198

7. Abstimmung Pkt. 6 des Änderungsantrages der CDU/FDP-Fraktion:

In Nr. 7 des Antrages wird Satz 1 wie folgt geändert:

„Sollte es bei Demonstrationen Anlass zu Kritik am Verhalten von Demonstrationsteilnehmern oder Einsatzkräften geben, erwarten die demokratischen Bürgerschaftsfraktionen eine rasche und rückhaltlose Aufklärung.“

Mehrheitlich zugestimmt

2015-VI-03-0199

Abschließend stellt Herr Paul den geänderten Antrag wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund bekennt sich zu folgenden Überzeugungen:

1.

Die demokratischen Bürgerschaftsfraktionen sind sich einig, dass in der notwendigen Auseinandersetzung mit jeglicher Art von Extremismus alle demokratischen Kräfte zusammenstehen müssen. Sie werden deshalb auch in Zukunft über die Parteigrenzen hinweg bei diesem wichtigen Anliegen vertrauensvoll zusammenarbeiten und geschlossen auftreten.

2.

Die demokratischen Bürgerschaftsfraktionen distanzieren sich von jeder Form von Gewalt. Sie bekennen sich zu dem Grundsatz, dass die Werte des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaats überzeugend nur mit rechtsstaatlichen Mitteln verteidigt werden können.

3.

Für die friedlich gegen jegliche Art extremistischer Aufmärsche Demonstrierenden ist die Polizei nicht Gegner, sondern Partner.

Das werden die demokratischen Fraktionen der Hansestadt Stralsund immer wieder deutlich machen, Verständnis für die schwierige Aufgabe der Polizei wecken und dazu aufrufen, den Beamtinnen und Beamten nicht feindlich entgegenzutreten.

4.

Die demokratischen Bürgerschaftsfraktionen erwarten, dass die Demonstrationen so weit möglich wie bisher durch Kooperationsgespräche der Versammlungsbehörden unter Beteiligung der Polizei vorbesprochen und nachbereitet werden. Besonderer Wert wird darauf gelegt, dass während der Versammlungen auf allen Seiten verlässliche Ansprechpartner vor Ort zur Verfügung stehen, damit eine reibungslose Kommunikation gewährleistet ist.

5.

Sollte es bei Demonstrationen Anlass zu Kritik am Verhalten von Demonstrationsteilnehmern oder Einsatzkräften geben, erwarten die demokratischen Bürgerschaftsfraktionen eine rasche und rückhaltlose Aufklärung.

2015-VI-03-0200

Mehrheitlich zugestimmt

zu 9.10.1 Änderungsantrag zum Antrag Demokratie, Toleranz und Demonstrationskultur

Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion

Vorlage: AN 0067/2015

zu 9.11 Wahl eines Mitgliedes in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwick-

lung
Einreicher: Bauschke, Stefan
Vorlage: AN 0054/2015

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Herr Lothar Franzke wird als Mitglied in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung gewählt.

2015-VI-03-0201
Mehrheitlich beschlossen

zu 9.12 Wahl eines Mitgliedes in den Rechnungsprüfungsausschuss
Einreicher: CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0052/2015

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Herr Christian Binder wird als Mitglied in den Rechnungsprüfungsausschuss gewählt.

2015-VI-03-0202
Mehrheitlich beschlossen

zu 9.13 Wahl eines Stellvertreters in den Betriebsausschuss
Einreicher: CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0053/2015

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Herr Siegfried Schefter wird als Stellvertreter in den Betriebsausschuss gewählt.

2015-VI-03-0203
Mehrheitlich beschlossen

zu 9.14 Berufung eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH

Einreicher: Bauschke, Stefan
Vorlage: AN 0055/2015

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Herr Siegfried Schefter wird in den Aufsichtsrat der Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH berufen.

2015-VI-03-0204
Mehrheitlich beschlossen

**zu 10 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen des Hauptausschusses
 und des Oberbürgermeisters**

.Es liegen keine Dringlichkeitsentscheidungen zur Genehmigung vor.

zu 11 Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnung

Es liegen keine unerledigten Punkte der letzten Tagesordnung vor.

zu 12 Behandlung von Vorlagen

zu 12.1 Städtebaulicher Rahmenplan Insel Dänholm

Vorlage: B 0179/2014

Herr Suhr begründet die vorliegenden Änderungsanträge.

Der Präsident stellt die Änderungsanträge wie folgt zur Abstimmung:

1. Antrag

„Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Im Städtebaulichen Rahmenplan Insel Dänholm soll festgeschrieben werden, dass der Küstenstreifen besonderen Schutz genießt. Dazu sind die geschützten Biotop 211 Boddengewässer mit Verlandungsbereichen (Landesliste HST Nr. 211, Reg.-Nr. 0308-112 B5020, Großer Dänholm) und B1 Steilküste mit inaktiven Kliff (B1, Großer Dänholm) ausgenommen von einer Trassenlegung des Rundweges Dänholm. Außerdem sind in diesen Bereichen Sichtachsen auszuschließen. Der integrierte Gesamtplan des Städtebaulichen Rahmenplan Insel Dänholm ist dementsprechend zu ändern.“

Mehrheitlich abgelehnt

Abstimmung 2. Antrag

„Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Im Städtebaulichen Rahmenplan Insel Dänholm sind folgende Passagen zu streichen:

- Im nordöstlichen Inselteil wird ein Campingplatz mit dem Schwerpunkt Reisemobile eingeordnet. Der vorhandene Badestrand wird unter Berücksichtigung der Anforderungen des Naturschutzes gesichert und behutsam aufgewertet. (Seite 68)
- Einrichtung eines Campingplatzes und Sicherung des Badestrandes auf dem Nördlichen Dänholm (Seite 70)
- Bei den Objekten „Besucherzentrum auf dem Großen Dänholm“ sowie „Gastronomie in der Parkanlage“ und „Funktionsgebäude Campingplatz auf dem Nördlichen Dänholm“ handelt es sich um symbolhafte Darstellungen an bevorzugten Standorten. (Seite 71)
- Zwischen dem Wassersportzentrum und der Rügenbrücke im Osten des Inselteils wird ein Campingplatz mit dem Schwerpunkt Reisemobile eingeordnet. Der Dänholm ist aufgrund der Lage und dem Wasserbezug für Touristen, die mit ihrem Reisemobil eine oder mehrere Übernachtungen planen, ein attraktiver Standort. Der geplante Campingplatz bietet Raum für maximal 70 Parzellen mit rund 100 m² sowie ein Funktionsgebäude. (Seite 74)
- Eine öffentlich nutzbare Sanitäreanlage für die Badestelle sollte in Verbindung mit dem Funktionsgebäude für den Campingplatz angeboten werden. (Seite 85)
- den Campingplatz (Seite 95)

Im Städtebaulichen Rahmenplan Insel Dänholm sind folgende Passagen zu ändern:

- "und dem geplanten Campingplatz" (Seite 75) in "und dem Biotop B4"
- "im Bereich des Campingplatzes" (Seite 75) in "im Bereich des Biotops B4"
- " Nördlicher Dänholm: Besucherparkplatz, Campingplatz, Badestrand mit Liegewiese" (Seite 81) in "Nördlicher Dänholm: Besucherparkplatz, Badestrand mit Liegewiese" "Wassersportzentrum, geplanten Besucherparkplatz und Campingplatz" (Seite 82) in "Wassersportzentrum und Campingplatz" „

Mehrheitlich abgelehnt

Abstimmung 3. Antrag

Herr Dr. Zabel verweist auf die Zuständigkeiten und Beratungen im Kreistag.

Herr Suhr bestätigt dies, erklärt aber, dass es hier um eine grundsätzliche Klärung der Standortfrage gehe.

„Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Im Städtebaulichen Rahmenplan Insel Dänholm soll festgeschrieben werden, dass es zu keiner Verstetigung der zentralen Unterkünfte für Asylsuchende auf dem Dänholm kommen soll. Dazu wird im Städtebaulichen Rahmenplan Insel Dänholm unter 6.3 Erschließungskonzept Maßnahmen und Erläuterungen ergänzt:

Um auf die zentralen Unterkünfte für Asylsuchende auf dem Dänholm langfristig verzichten zu können, wirkt die Hansestadt Stralsund auf die dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden im direkten Stadtgebiet hin, nicht in der Peripherie des Dänholm.“

Herr Dr. Zabel verweist auf die Zuständigkeiten und Beratungen im Kreistag.

Herr Suhr bestätigt dies, erklärt aber, dass es hier um eine grundsätzliche Klärung der Standortfrage gehe.

Mehrheitlich abgelehnt

Abstimmung 4. Antrag

„Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Städtebauliche Rahmenplan Insel Dänholm ist um folgende Maßnahme zu ergänzen:

Eine Rückentwicklung der Gewerbefläche auf dem Großen Dänholm südlich des Rügendamms (Adresse: Zum kleinen Dänholm 1, Stralsund) wird angestrebt.

Diese Maßnahme ist festzuschreiben unter 4.3 Nutzungskonzept Großer Dänholm und 6.3 Erschließungskonzept Maßnahmen und Erläuterungen.“

Mehrheitlich abgelehnt

Der Präsident stellt die Vorlage B 0179/2014 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

1.

Der Städtebauliche Rahmenplan Insel Dänholm in der Fassung vom Juli 2014 wird als Grundlage für die weitere städtebauliche Ordnung und Entwicklung dieses Gebietes bestätigt.

2.

Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

2015-VI-03-0205
Mehrheitlich zugestimmt

zu 12.2 Namensrechtsnutzung im Rahmen der Sportförderung
Vorlage: B 0013/2015

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

1.

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, die Aufhebung des Beschlusses Nr. 2015-VI-02-0171.

2.

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, dem FC. Pommern Stralsund e.V. die Nutzung des Namensrechtes des Stadions der Freundschaft als immaterielle Zuwendung im Rahmen der Sportförderung zu gestatten.

3.

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund stimmt der Umbenennung des Stadions der Freundschaft in „PRIMUS Immobilien Arena“ durch den FC. Pommern Stralsund e.V. im Rahmen eines Sponsorings mit der PRIMUS Immobilien AG zu.

4.

Für die Gestattung der Namensrechtsnutzung als immaterielle Zuwendung im Rahmen der Sportförderung sind insbesondere die nachstehenden Voraussetzungen einzuhalten:

Dem FC. Pommern Stralsund e.V. wird im Rahmen der Sportförderung die Nutzung des Namensrechtes am Stadion der Freundschaft als immaterielle Zuwendung zweckgebunden für den Abschluss eines Sponsorings gestattet.

Die Zuwendung erfolgt zeitlich befristet für die Dauer von ca. drei Jahren bis zum Ende der Saison 2017/2018.

Der beabsichtigte Sponsor darf kein Produzent oder Händler von jugendschutzrelevanten Gütern, wie z. B. Tabakwaren, Alkohol oder Gewinnspielen, sein und das Ansehen der Hansestadt Stralsund nicht gefährden, insbesondere durch sein Auftreten, seine öffentliche Darstellung oder durch gewerberechtliche Unzuverlässigkeit.

Zur Glaubhaftmachung der Einhaltung sämtlicher Voraussetzungen für die beabsichtigte Nutzung des Namensrechtes im Rahmen eines Sponsorings ist durch den FC Pommern Stralsund e.V. entweder der Sponsoringvertrag selbst offen zu legen oder eine Erklärung des Sponsors beizubringen.

Über jeden Antrag des FC. Pommern Stralsund e.V. auf Umbenennung des Stadions im Rahmen eines Sponsorings berät und beschließt die Bürgerschaft im Einzelfall.

Ein Drittel der durch den FC. Pommern Stralsund e.V. erzielten Sponsoringeinnahmen ist durch den Verein unter Abstimmung mit der Hansestadt Stralsund für erforderliche Maßnahmen an städtischen Sportstätten, vorrangig für die namensgebende Sportstätte, einzusetzen. Hierüber ist ein Verwendungsnachweis durch den FC. Pommern Stralsund e.V. zu erstellen.

Die Hansestadt Stralsund wird vom FC. Pommern Stralsund e.V. von der finanziellen Last sämtlicher Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Umbenennung und der Rückbenennung der Sportstätte stehen, u.a. Beschilderungen und Ummeldungen, freigehalten werden.

Der FC. Pommern Stralsund e.V. erhält keine weiteren Zuwendungen direkt aus dem Kernhaushalt der Hansestadt Stralsund.

2015-VI-03-0206
Mehrheitlich beschlossen

zu 13 Verschiedenes

Zum TOP Verschiedenes liegt kein Redebedarf vor.

zu 14 Ausschluss der Öffentlichkeit, Eintritt in den nichtöffentlichen Teil

Für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung besteht kein Redebedarf, somit entfallen die weiteren Tagesordnungspunkte. Ein Ausschluss der Öffentlichkeit erübrigt sich damit.

zu 16 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntmachung der Ergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil

zu 17 Schluss der Sitzung

Der Präsident der Bürgerschaft, Herr Paul, beendet die 03. Bürgerschaftssitzung.

gez. Peter Paul
Vorsitz

gez.
Stellvertretender Vorsitz

gez. Birgit König
Protokollführung